B2

...ertber, aber unvermeidlich. Aber ebenso ist Revolution nur dann möglich, wenn inmitten dieses Tohuwabohu eine Schar von klassenbewußten Kämpfern ist, die zusammengeballen wird von gemeinsamen klaren Grundvorstellungen über das, was zu geschehen hat, militärisch, politisch und wirtschaftlich. Und weiter muß diese Kämpferschar schon vorher sichtbar und bekannt gemacht sein und mit ihr Gedanken innerhalb der Arbeiterklasse verbreiten haben, so daß dann, wenn niemand mehr aus und ein weiß, jedermann sich an die Leute erinnert, die immer „die große Schnauze" gehabt haben, die immer von dieser Situation geredet und immer gesagt haben, was zu ihr getan werden müsse.

Da ebenso hat es in Europa bisher in ausreichenden Mißmaßen nicht gegeben. Die Russen haben für ihre heutige Zeit ein großes Beispiel und große Lehren gegeben, aber sie haben vorher nicht nur alles falsch auf europäische Verhältnisse übertragen, und nicht nur ihre Anhänger in der ganzen Welt aufs fürchterlichste korrumpiert, sondern sie sind auch im Wirtschaftlichen einfach nicht zu den wichtigsten Erkenntnissen vorgedrungen und auf diesem Gebiet überall — dahinein und in der Internationale — völlig gescheitert. Das wirtschaftliche Verfahren der Bolschewiki in Rußland mag auf die äußeren Bedingungen zurückgeführt werden — aber außerdem haben sie auch in der Theorie dieses Gebietes versagt. Und die Arbeiterbewegung ohne Theorie ist nun einmal blind, mag sie sonst noch so stark sein.

Die europäischen Arbeiter, sowohl sie jemals revolutionär empfunden haben, wissen noch immer ganz gut, was in revolutionärem Kampfe politisch zu geschehen hat: ihn demokratische Verwirrung ist zwar sicherlich vorgeschritten, wird aber doch wohl im entscheidenden Moment verhältnismäßig rasch — nicht bei allen, aber bei einer genügenden Masse — wieder verschwinden. Aber wie zu den politischen Vorgängen in der Revolution sich die wirtschaftlichen verhalten, in welcher Form, in welcher Richtung, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen die ersten gewaltigen wirtschaftlichen Aktionen und Maßnahmen einsetzen müssen, das ist fast allen, auch den besten Revolutionären, noch völlig schleierhaft. Und wenn die Arbeiter meinen, eine Revolution lohne sich nicht, wenn sie die sichere Aussicht auf Hunger- oder Kältetod mit sich bringe, so haben sie vielleicht nicht ganz Unrecht.

Auch KAPD. und Union sind bisher in dieser Frage nicht zu genügend klaren, konkreten Erkenntnissen gekommen. Sie haben freilich in ihren Grundsätzen die Keime alles dessen, was nötig ist. Darum sind auch KAPD. und Union trotz allem die einzigen Organisationen, deren Zukunft die Revolution ist. Aber ihre dringendste Aufgabe in diesem Augenblick, wo eine positive revolutionäre Politik nicht getrieben werden kann, ist die: innerhalb der Organisation und in der öffentlichen Diskussion, im Zusammenhang mit den Tagesereignissen, eine feste halbbare Theorie zu gestalten über die Wechselwirkungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Vorgängen und den wirtschaftlichen Aktionen des Proletariats in der beginnenden proletarischen Revolution.

Das Aktionsprogramm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschland

Es könnte den Unterzeichnern des Versuch des Wiederaufbaues des Kapitalismus" tragen, es ist aber nur ein Versuch mit völlig untauglichen Mitteln. Zwar lautet der Eingangssatz: Der Gang der geschichtlichen Entwicklung zeigt, daß der Kapitalismus der Welt nicht Friede, Arbeit und Brot zu geben vermag. Dieser Einleitungssatz kann aber darüber hinwegtäuschen, daß die vorgeschlagenen Mittel die Konsolidierung des Kapitals zum Ziel haben. Es ist zwar im nächsten Absatz noch das Wort Klassenkampf als Lockbilder hingeworfen, aber die erste Ueberschrift, „Schutz der Republik", zeigt ganz deutlich den Gedanken der Arbeitgemeinschaft. Es kann wohl kaum gelingen, zu verhindern, daß diese Republik ein rein kapitalistisches Gebilde mit einer kapitalistisch herrschenden Klasse ist. Sie soll den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus bieten und außerdem „die sicherste Grundlage" zur Erreichung dieses Ziels sein. Die Kampfrost ist deshalb nach außen hin gegen rechts gerichtet. Praktisch will sie an Stelle des monarchistischen einen republikanischen Monopolkapitalismus, eine neue Bürokratie und eine neue Militärmacht schaffen. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, die Ordnung und Sicherheit der Republik zu garantieren. Dem Volk soll die Republik erhalten bleiben. Ein über die Republik hinausgehendes Ziel stellt sich die Vereinigte Sozialdemokratie nicht. Sie ist fest an ihre Schöpfung, auf das Werk der „Revolution des November 1918." Sie stellt die Grundsätze der Republik auf, die hoffen sie weiß, daß diese Republik infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruches nicht mehr lebensfähig ist und schon ganz offen das die Republik beherrschende Industrie-Kapital die Auflösung der deutschen Wirtschaft durchführt.

Der Arbeiter in Not wird bei der Republik sehr wenig Gegenliebe finden, zumal da ihr Wirtschaftsprogramm auf eine glatte Vernichtung der wirtschaftlichen Möglichkeit hinausläuft. Es ist ja ganz unmöglich, daß deutsche Kapital hält sich und kann sich durch immer stärker einsetzende Ausbeutung des Proletariats halten. Dem Kapital ist es gleichgültig, unter welcher Staatsform es diese Ausbeutung durchführt, sie muß nur der geistigen Verfassung des Proletariats entsprechen, d. h., die zur Ruhe und Ordnung notwendigen Illusionen hervorrufen und befriedigen können. Die Republik mit dem Programm der Vereinigten hat die ganzen Bevölkerung an der Wirtschaft ist bis raffinierteste Form der Kapitalsherrschaft. Sie gibt den Massen eine Scheinmacht. Der stärkste Ausdruck des Reinfalls auf diesen Schwindel ist dies Aktionsprogramm der Vereinigten. Die Sozialdemokratie stellt sich, nachdem die Maschinerie des Kapitals verfagte, freiwillig an die Handpumpe, um noch das Schiff durch Einsatz ihrer letzten Kraft über Wasser zu halten. Die Mannschaft des sinkenden Schiffes arbeitet noch immer in der Hoffnung, daß durch die Rettungsaktion Hilfe herbeigerufen wird. Die Sozialdemokratie verzichtet auf diese Hoffnung und arbeitet, um nicht aus Langeweile verzweifeln zu müssen. Es sind lauter Mummelgreise, denen der Mut zur Verwirklichung des Sozialismus schon seit Jahrzehnten entschwunden ist. Es sind Beamte, die auf ihren Posten stehen, weil man sie dort hingesetzt hat. Ihre Aufgabe besteht darin, die Verwaltung als gute Verwaltung zu führen. Ihr Programm ist nur ein Konglomerat von auf dem grünen Tisch ausgearbeiteten moralisierenden Grundsätzen. Von einem wirtschaftlichen Denken fehlt jede Spur. Die verlangten Verbesserungen, besonders bezüglich der Steuergleichheit sind ein Hohn auf die vom Marx nachgewiesene Notwendigkeit der Akkumulation des Kapitals. Es wird ein umfangreiches Kontroll-System angeschraubt, durch das die kapitalistischen Gewinne sowie die privaten Unternehmungen unter die Staatskontrolle gebracht werden sollen. Jeder Laie wird mit Begeisterung diesem Programm der Gerechtigkeit zustimmen. Kapital und Gerechtigkeit ist doch eine der herrlichsten Errungenschaft. Marx hat darüber anders gedacht und diesen Schwindel auf das schärfste gebrandmarkt. Es werden verlangt Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bis zur völligen Erfassung der Lebensgewinne. Dem Kapital wird da zugemutet, für den Staat zu arbeiten. Es taucht auch wieder die alte Parole der Sozialisierung der Schlüsselindustrien, besonders des Bergbaus auf. Der ganze gute Geist schüttelt sich Herz für das Kapital aus. Sogar die Klassenjustiz wird noch als tatsächlich bestehend anerkannt. Diese soll aber nicht mehr an den Klassengesetzen, sondern an den Klassenrichtern liegen. Die Abschaffung der Klassengesetze würde ja ihre Ruhe und Sicherheit in der Republik untergraben.

Volksgesundheit und Volksergiebung werden auch gebührend gewürdigt. Toleranzantrag wird die Religion nur zur Privatsache erklärt, ein Gebiet weiter würde die bürgerlichen Elemente zu stark verstimmen. Es muß doch auf jeden Fall der Weg zur Kirche offen gehalten werden. Das gehört zu der Demokratie.

Interessant ist noch die internationale Kritik. Hier zeigt sich allen der Einfluß der USP. Der Kapitalismus und die Klassenherrschaft der Besitzenden werden für die Entfesselung des Weltkrieges verantwortlich gemacht und der Geist des internationalen Sozialismus als allein den Frieden bedeutend eingestellt. Deshalb fordert die Vereinigte Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung des Wiederaufbaus, unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Erleichterung der Reparationslasten ist auch ein arbeitsgemeinschaftliches Ziel.

Das Programm muß jeder Arbeiter zum Frühstück, Mittag- und Abendbrot auswendig lernen, vielleicht wird er davon satt werden. Von der Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht, einer Diktatur des Proletariats ist nicht die Rede, der liebe Gott wird schon dem deutschen Proletariat die gebratenen Tauben in den Mund fliegen lassen. Nur Geduld und die Hände in den Schoß legen.

Politische Rundschau
Die allen ehrlichen Genossen

Die Beisetzungsfeierlichkeiten der USPD. in Gera nehmen ihren Verlauf. Nachdem am ersten Tage die üblichen Begrüßungsansprachen gehalten wurden, trat man am anderen Tage in die eigentliche Tagesordnung ein.

Zunächst erstattete Abgeordneter Ludwig, der Parteisekretär, seinen Geschäftsbericht. Er versuchte sich gegen die Behauptung, daß die USPD. bankrott sei. Die Mitgliederzahl sei seit der letzten Parteitagung von 300 000 auf 290 000 zurückgegangen. Die Partei habe nicht wie andere Parteien trübe Gedanken.

Bock-Gotha ergänzte namens der Kontrollkommission den Bericht des Kassierers. Zu den Büchern sei auch nicht ein einziger Posten gefunden worden, der von der Entente oder irgend einem Bourgeois stammte. Unsere Partei ist arm, so schloß der Redner, aber ehrlich und noch jeder Seite unabhängig.

Nachdem gab Dr. Moses den Bericht der Reichstagsfraktion. Er nahm zunächst Stellung zu der Frage:

Demokratisiert ist noch die Tatsache, daß nach der Vereinigung sämtliche wichtigen Funktionen, vom Vorstand abwärts, im Verhältnis 2:1 besetzt werden sollen, d. h. zwei SPD.-Leute und ein USPD.-Mann. Es ist also sehr gut dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Arme USPD., Fürwahr ein unrühmliches Ende.

Der ganze Verlauf der Verhandlungen wie auch die Zusammensetzung des Komitees lassen von vornherein ein geschlossenes Uebergewicht der englischen Arbeiter erkennen, das lag daran, weil die englische Arbeiterbewegung schon auf eine Geschichte zurückblicke und bedeutend mehr praktische Erfahrungen besaß. — Die Erledigung der notwendigen Vorarbeiten für die endgültige Konstituierung eines provisorischen Generalrats sowie für die Beratung und Annahme einer Generaladresse und provisorischer Statuten und Reglements wurden nun rasch und gründlich erledigt. Ebenfalls wurde in der nächsten Sitzung des Komitees auf Tage später der Name endgültig festgelegt: „Zur Wiederherstellung der Internationale" (Internationale Arbeitervereinigung).

Die beiden nächsten Sitzungen waren der Diskussion und Annahme der Generaladresse und der provisorischen Statuten gewidmet. Es wurde ein Manifest an die Generaladresse mit dem Vorwort und den provisorischen Statuten vorlegt. Nach langer leidenschaftlicher Diskussion wurde der Marxsche Entwurf angenommen. Zugleich wurde der Vorschlag angenommen, einen allgemeinen Arbeiterkongreß von ganz Europa zum nächsten Jahre (1865) nach Brüssel einzuberufen, der alles endgültig erledigen soll. Das Komitee konstituierte sich als provisorischer Generalrat, Sitz London. Oliger war erster, Eccarius zweiter Vorsitzender. Der Generalrat soll ein engliches Prinzip, und auch Ausländer konnten nur gewählt werden, wenn sie ihren Wohnsitz in London oder in der Nähe von London hatten. Ferner wurde Wahlzwang, der Beitrag zu der Internationale in England zunächst auf 1 Pfund Sterling bemessen werden solle. Eine spätere Sitzung deriet schon über die Bedingungen, unter denen der Anschluß ganzer Arbeiterorganisationen an die Internationale stattfinden könne, und eine abermalige Versammlung beschloß eine Einladung an alle Arbeiterorganisationen, sich der Internationale anzuschließen.

Ueber die Weiterentwicklung der Internationale, ihren Ausbau, ihre Kämpfe, Zielsetzungsdiskussionen usw., insbesondere aber das Verdienst von Marx und Engels, die der Internationale ihre große geschichtliche Bedeutung gaben, soll in einer späteren Artikelserie gesprochen werden.

An Literatur sei empfohlen:

Mottelsten: Die Vorgeschichte der Internationale (Stuttgart 1915).

Jantz: Die Internationale, Denkschrift (Leipzig 1904).

Jettin: Karl Marx und sein Lebenswerk (Elberfeld 1913).

Domm. Manifest von Marx und Engels.

Inauguraladresse (Gorlowski 1922).

Im Archiv Grünberg sind weiter wichtige Artikel und Dokumente enthalten.

Achtung Funktionäre!

Am Mittwoch, den 27. September 1922, findet in der Schule, Gitschiner, eine Funktionärsitzung der KAPD. und Union statt. Erscheinen der Funktionäre ist Pflicht. KAPD. u. AAU. Arbeitsausschuß.

Oeffentliche Versammlung

der AAU.-Betriebe in der Woche vom 24. Sept. bis 1. Oktober

Am 27. September, 7½ Uhr in der Schulaula Wiebestraße, Eingang Neue Jüterfichte. Tagesordnung: Stinnes-Vertrag und was sagt die Arbeiterschaft.

Die Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation

(28. September 1864.)

II.

(Schluß.)

Die Londoner Weltausstellung hatte für die bürgerliche Welt den Wert einer internationalen Zusammenkunft, sie war gewissermaßen die Internationale der Bourgeoisie. Durch Zufall brachte sie auch die Arbeiter einander näher. Die deutsche Bourgeoisie hatte bewerkstelligt gescheiter Gedanken wie ihr angestammter Bonapartismus, nämlich Arbeiterdeputierte nach London zu schicken, zur Weltausstellung. Beide Arbeitergruppen gewannen neue Eindrücke, sie lernten die britischen Gewerkvereine kennen, sowie deren wirtschaftliche und politische Stellungnahme. Die Lenkung Arbeiterbewegung hängt also an ähnlichen Fäden mit der Londoner Weltausstellung zusammen wie die französische Arbeiterbewegung und damit wechselwirkend die Internationale. Denn der Anstoß, der der englischen Arbeiterschaft von Paris aus kam, hat die Engländer erst auf den Gedanken einer internationalen Arbeiter-Assoziation gebracht. Erst im wiederholten Anstausch französischer und englischer Ideen über die notwendige Beeinflussung der Ökonomischen und politischen Kräfte durch die Interessen der Arbeiterschaft hat der Gedanke, durch eine internationale Vereinigung der Arbeiterklasse in die Geschichte einzugreifen, lebendige Gestalt angenommen.

Ueber die Vorgänge im einzelnen, wie sie sich bei der Gründung abspielten, hat die englische Tagespresse informativ berichtet, namentlich über die Meetings und Konferenzen. Seit 1861 war das Hauptorgan der englischen Arbeiterschaft das „Beehive" (Bienenkorb), sein Redakteur war ein gewisser Odger, der sich als Präsident einer „Arbeiter-Assoziation" ausgab. Sein Blatt war geschickt redigiert, ja es war für einige Zeit das beste Arbeiterblatt Englands und wurde kurz nach der Gründung der Internationalen durch Beschluß des Generalkomitees zu ihrem Organ bestimmt. Es ist bezeichnend für die Arbeiterbewegung, zu besorgen hatte, zu deren offiziellen Publikationsorgan erhoben; auch entbehrt es Sitters Artikel aus der Feder von Karl Marx. Der Standpunkt des Blattes war nicht sozialistisch, sondern nur Gewerkschaftlich. Außer dem „Beehive" diente der „and Workmans Advocate", auch ein Wochenblatt, der Internationale zu Veröffentlichungen. Dieses Blatt wurde im Spätherbst 1865 von der Internationale und dieser nahestehenden Personen erworben und führte nun zuerst den Titel „The Workmans Advocate", dieser, nachdem es beträchtlich vergrößert worden war, „The Commonwealth". Redakteur war Eccarius, der dort zuerst seine später gesammelte Artikelserie „Grund Arbeiters Bewegung der nationalökonomischen Ansichten J. St. Mills" erschienen ließ. Auch Engels schrieb für das Blatt Sitters Artikel über die polnische Frage.

Die englische Trade-Union-Bewegung war seit dem Jahre 1860 in eine neue Phase eingetreten, sie betrieb neuen Aufsaugung ihrer Tätigkeitsfelder. Bestimmten nächsten Zielen, Maschinenbauer, Robert Applegarth, Zimmerer, George Odger, Schuhmacher, und der Schneider Eccarius, ein geborener Thüringer, der schon dem Weitlingschen Bund der Gerechten und später dem Londoner Kommunistenbund angehört hatte. Ihr Bestreben war es, den engen Horizont des Trade-Unionismus zu erweitern und was der Politiker der Metropole London aus eine internationale Arbeiterbewegung großen Stils in Fluß zu bringen. Die Londoner Trades Council unter Odgers Einfluß beteiligte sich seit 1860 an allen Angelegenheiten der allgemeinen Politik und spielte eine hervorragende Rolle bei der Empfangsdemonstration zu Ehren Garibaldis; im Jahre 1862 hielt sie ein großes Protestmeeting gegen die englische Bourgeoisie und deren schamlose Parteilichkeit für die Sklavenhalter der amerikanischen Südstaaten ab. Der Besuch der französischen Arbeiterdelegierten auf der Londoner Weltausstellung 1862 gab Gelegenheit, mit diesen intimere Beziehungen anzuknüpfen, um gemeinsam mit ihnen in internationalen Fragen für die arbeitende Arbeiterklasse tätig zu werden. Demonstrationen abzuhalten. Zu einer solchen Protestdemonstration gab im Jahre 1863 die blutige Niederwerfung des letzten polnischen Aufstandes Anlaß, die englischen Arbeiter schickten einen flammenden Protest an ihre französischen Kollegen, und diese antworteten mit einer wiederholten Delegation von Vertretern nach London, deren Empfang in öffentlicher Versammlung dann zur Gründung einer internationalen Arbeiterassoziation führte. Insofern ist es richtig, daß die polnische Sache den Anstoß zur Schaffung der Internationale gegeben habe, aber auch nur den Anstoß. Ebensogut hätte, wenn es der Zufall der Geschichte gewollt hätte, die irische Frage oder der amerikanische Krieg den Anlaß zu einem gemeinsamen Protestmeeting der Arbeiter der beiden Länder geben können. Der ganze Verlauf und das Ergebnis der Versammlung zeigte, daß die polnische Frage nur die Zündschnur geboten hatte, der unpräzise Zündstoff, der das Feuer der Bewegung reihend um sich fressen ließ, war internationaler, sozialer Natur.

Das historische Meeting in St. Martins Hall am 28. September war von Arbeiterdelegierten aller Nationen, insbesondere, neben den Engländern, von Deutschen, Franzosen, Italienern, Polen sehr zahlreich besucht. Den Vorsitz führte der Professor Beesly, ein radikaler Positivist, Odger, der Schuhmacher, so bei einem großen Bauarbeiterstreik 1861 der englischen Bourgeoisie gegenüber in offenen Briefen und Artikeln die Forderungen der Arbeiter vertreten hatte. Der Vorsitzende begrüßte die Delegierten, das ganze Publikum, die Arbeiter und dem Verhalten der Bourgeoisie aller Länder. Er beleuchtete die Schaftpolitik der englischen Regierung gegenüber China, Japan und Indien, was zeige und grundsätzlich sei: die englische Bourgeoisie sei vielleicht schlimmer als sonst irgendwo anderen Lande. Der Redner forderte alle Anwesenden auf, alle nationalen, selbstsüchtigen Empfindungen abzulegen und nur diejenigen Grundsätze aufrechtzuerhalten, die ihnen ihr Gewissen als recht erkläre. Es folgten dann Begrüßungsansprachen der Engländer und Franzosen. Dr. Lubez entwickelte dann die Grundrisse der geplanten Organisation, deren Zentrale in London sein und mit den Unterzentralen in allen Hauptländern Europas in Verbindung stehen solle. Auch für den nächsten Jahre ein Kongreß in Belgien stattfinden, der die endgültigen Normen für die Leitung der Organisation festsetzen solle. Es wurde dann das Komitee gewählt. In diesem fanden sich außer den englischen Trade-Unionisten Odger, Howell, Eccarius, Osborne, Antrab, meist Vertreter des Auslandes, Boquelet, Wolff und Karl Marx. Das war der historische Tag der Gründung der Internationale.

Die Großagrarier werden's schaffen

Die Ausführung des Proletariats in nach stärkerem Maße als bisher wird in aller Kürze garte Wirklichkeit werden. Klar und deutlich haben sich die Großagrarier auf ihrer jetzigen Tagung ausgesprochen. Und da werden sie schaffen, trotz des Reichsarbeitsministers, weil sie wissen, daß die Arbeiterklasse zu feige ist, für ihre bitter notwendigen Forderungen einzutreten. Weil sie wissen, während die irregeleiteten Proletarier aber Protestresolutionen und gefährlichen Hungerkrawallen nicht hinaufkommen.

Der Bericht von der Tagung lautet:

TU. Berlin, 20. September.

Die Vollsitzung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft nahm zur Wirtschafts- und Ernährungslage und zu den Forderungen der Gewerkschaften am 14. September 1922 folgendermaßen Stellung: Das Gesetz über die Getreidumlage ist unter diesen Umständen in seiner jetzigen Form unduchführbar. Die Verhältnisse zwingen zu einer Ausdehnung der Umlage auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe. Der Reichsausschuß fordert die Ausdehnung der Umlage an die tatsächlichen Verhältnisse und die Bevölkerung eines andrechenden, die neue Produktion sichernden Preises für das Umlagegetreide. Den Ausgangspunkt kann nur der jeweilige Marktpreis bilden, welcher allein und am sichersten dem Stand der preisbildenden Faktoren Rechnung trägt. Im ausgesprochenen Gegensatz zu den Forderungen der Gewerkschaften lehnt die Landwirtschaft nach wie vor ihre Zustimmung und Mitwirkung bei jeder irgendwie gearteten Form erneuter Zwangswirtschaft ausdrücklich ab. Die hat sich immer wieder erboten, ihrerseits in „letzter Wirtschaft den Verbrauch des Volkes zu sichern". Namens der Gesamtheit der ihm angeschlossenen Körperschaften verlangt der Reichsausschuß umgekehrt Bereinigung jeder zwangsläufigen Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Beseitigung auf jede Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebung und Ausschaltung der Gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen. Die Landwirtschaft hält in konsequentem Gegensatz zu dem Klassenkampf und sieht die Möglichkeit zu einer Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens allein in der Steigerung der Kraft des Bauernstandes und der Leistungsfähigkeit des deutschen Kulturlandes auf der Grundlage freier Wirtschaftsentfaltung und größter Intensität. Angesichts des Verhalten der Gewerkschaften, gekennzeichnet der Reichsausschuß als das Verhalten, die Zwangsweise Versorgung mit Rohstoffen und Betriebsmitteln, allgemeine Erhöhung der Arbeitsleistung, Ausschaltung aller Eingriffe in den Gang der Produktion.

Damit ist auch gleichzeitig die Antwort an die Gewerkschaften und die SPD. erteilt, die theoretisch wieder die Zwangswirtschaft einführen wollen. Praktisch liegen ja die Dinge wesentlich anders. Sie sind an einer reibungslosen Durchführung des Stinnes-Siebertrauhbourgramms derart stark interessiert, daß es ihnen einfach unmöglich ist, auf einmal gegen den Strom zu schwimmen.

Der Vorstoß der sozialdemokratischen Presse, gegen die Verteuerung des Brotes, entspringt nur lediglich agitatorischen Bedürfnissen. In einigen Kopen wird man es in anderen Tonarten, schon wesentlich milder gestimmt, hören.

Eine neue Orient-Konferenz

Wie aus Paris gemeldet wird, begannen im französischen Außenministerium die Besprechungen zwischen Lord Curzon, Poincaré und Barrère. Auch der englische Admiral Lord Beatty und der französische Admiral Grassel waren anwesend. Sie erstatteten Bericht über die militärische Lage an den Mittelmeer. In der Besprechung wurde die Verständigung getroffen, so heißt es, daß Konferenzen einzuberufen seien auf der Frankreich, England, Italien, Japan, Rumänien Serbien, die Türkei und Griechenland vertreten sein sollen. Auf dieser Konferenz soll der Friedensvertrag zwischen Griechenland und den Alliierten ausgearbeitet werden.

Trotz dieser scheinbaren Einigkeit darf man sich beileibe nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Dinge im Orient keineswegs irgendwie einer baldigen Lösung entgegengehen. Im Gegenteil. Die Verhältnisse schärfen sich nach den vorliegenden Mitteilungen immer mehr zu. Frankreich sucht nach wie vor die Niederlage Englands im Orient für seine Zwecke, d. h. für seine Auffassung in der Reparationsfrage dienstbar zu machen. Aber selbst mit einem durch anderweitige Konzessionen zufriedengestellten Frankreich dürfte es jetzt nach Lage der Sache außerordentlich schwer halten, die vom Siegestaumel ergriffenen Türken auf das kleinasiatische Gebiet zu beschränken. Der Großmachtraum will auf Mitschrieben und zwar zu einer greifbar sachlichen Wirklichkeit ausreisen.

Schon liegen Berichte vor, daß Kemal Pascha mit seinem Heer bereits an die neutrale Zone herangerückt ist, und es einigen Stunden die sogenannte neutrale Zone bereits überschritten hat. Ferner kommt aus Thrazien die Nachricht, daß dort türkische Offiziere irregulärer Banden organisieren, und einen Aufstand gegen die griechischen Behörden anzetteln.

Auch die antiengliche Bewegung hat den verschiedenen unterdrückten Völkern, vor allem in Indien, breitet sich zusehends aus. Englische Truppen werden bereits zu den eigentlichen Brennpunkten hingeschafft.

Man kann gespannt sein, ob es den beiden gegensätzlichen imperialistischen Mächtegruppen Frankreich und England gelingen wird, die direkte Kriegsgefahr noch für einen späteren Zeitpunkt hinauszuschieben.

Lenin meldet sich wieder

Aus Moskau wird berichtet:

In der Eröffnungssitzung des Allrussischen Kongresses der Gewerkschaften wurde ein Brief Lenins verlesen. Lenin schreibt:

Die Weigerung der kapitalistischen Länder, Rußland Kredite zu gewähren, erschwert die Wiederherstellung der russischen Schwerindustrie. Von uns wird die Wiederherstellung des Privateigentums gefordert. Wir können und werden aber nicht nachgeben. Es bleibt ein schwerer und langwieriger Weg, den Sozialismus aufzubauen, die durch den Krieg zerstörte Wirtschaft wieder herzustellen und die Lage der Werktätigen zu bessern. Dies erfordert eine außergewöhnliche Anspannung der Kräfte, aber der Gedanke, daß das Zeit des Kapitalismus abgeschnitten ist, gibt der Arbeiterklasse Mut zur Arbeit.

Der auf dem Kongreß verlesene Brief bildet die erste öffentliche Aeußerung Lenins seit seiner letzten Erkrankung. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist Lenin gegenwärtig soweit wieder hergestellt, daß er drei Stunden täglich arbeiten und Besucher empfangen. Auf dem Anfang November bevorstehenden Kongreß der Kommunistischen Internationale wahrscheinlich Lenin, zum ersten Mal wieder mit einer Rede persönlich hervorzutreten.

Lenin hat scheinbar während seiner langen Krankheit nicht untätig, in ruhigen reifenden Tempo sich jetzt in Rußland der Angriff und die Macht des Privateigentums durchsetzen.

Gegen den Krieg

Gestern fand eine große Arbeiterkundgebung gegen den „neuen Krieg" in der Albertsmeadhall in London statt, wobei u. a. Ramsay Macdonald und Smillie sprachen. Es wurde eine Entschließung angenommen, worin es heißt:

Die türkische Krise, die England an den Abgrund gebracht habe, ist das direkte Ergebnis der gegenwärtigen Politik Lloyd Georges. Der Premierminister sei eine öffentliche Gefahr für den Frieden der Welt.

Die Entschließung fordert sofortige Neuwahlen, damit Gegenpolitik gegeben werde, der verhängnisvollen Regierung Lloyd Georges ein Ende zu machen.

Lloyd George wird heute vormittag in Downingstreet den Ausschuß der Gewerkschaften empfangen, der im Zusammenhang mit der Orientfrage und der Kriegsgefahr im Nahen Osten um eine Zusammenkunft ersucht hat.

Die Gewerkschaften sind also immer noch nicht einen Schritt weitergekommen. Solche Schutzmaßnahmen haben sie in England 1914 auch schon gemacht. Ob Krieg, ob Frieden, die Verschacherung des Proletariats ist doch so oder so ihre Aufgabe. Und dieser kommen sie stets in geschäftstüchtiger Weise nach.

Zur Situation

... die Rolle, die die deutschen liberalen Bourgeois 1848 gegenüber dem Volke gespielt haben, diese so verächtliche Rolle wird in der nächsten Revolution übernommen und der demokratischen Kleinbürgern, die jetzt in der Opposition dieselbe Stellung einnehmen wie die liberalen Bourgeois von 1848. Diese Partei, die sich jetzt sozialdemokratisch nennt, die den frommen Wunsch hat, den Druck des großen Kapitals auf das kleine, des großen Bourgeois auf den Kleinbürger, abzuschaffen, ist den Arbeitern weit gefährlicher als die seichtere liberale Partei. Diese demokratischen Kleinbürger, weit entfernt, für die revolutionären Arbeiter die ganze Gesellschaft umwälzen zu wollen, erstreben eine Aenderung der Gesellschaftszustände, wodurch ihnen die bestehende Gesellschaft möglichst erträglich und bequem gemacht wird. Sie verlangen daher die Verlegung der Hauptsteuer auf die großen Bourgeois usw. Um dieses durchführen, bedürfen sie einer demokratischen, republikanischen Staatsverfassung, die ihnen eine Reihe von Funktionen in die Hand gibt, z. B. die direkte Kontrolle über das Gemeindeeigentum usw. Was die Arbeiter angeht, so steht vor allem fest, daß sie Lohnarbeiter bleiben sollen wie bisher, nur wünschen diese demokratischen Kleinbürger den Arbeitern auskömmlichen Lohn und gesicherte Existenz, und hoffen dies durch zeitweise Beschäftigung von seiten des Staates und durch Wohltätigkeitsmaßregeln zu erreichen, kurz, sie hoffen die Arbeiter durch mehr oder minder versteckte Almosen zu bestechen und ihre Proletarier zu ruhigen durch momentane Erträglichmachung ihrer Lage. — Während die demokratischen Kleinbürger damit ihr Ziel erreicht sehen, ist es unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat. Es kann sich für uns nicht um eine Veränderung des Privateigentums handeln, sondern nur um seine Vernichtung, nicht um Verbesserung der Klassengegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern Sturz derselben und Aufbau einer neuen. — Im proletarischen Augenblick predigen die Kleinbürger dem Proletariat im allgemeinen: Einigung und Versöhnung, sie bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei, zu dem Zweck, die Arbeiter alle in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der sie allgemein sozialdemokratischen Phrasen vorherrschend sind, hinter welchen ihre besonderen Interessen sich verstecken und hinter der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen. Eine solche Vereinigung kann nur zum Nachteile des Proletariats ausfallen. Das Proletariat würde seine ganze selbständige, mühsam erkämpfte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie herabsinken. Diese Vereinigung ist auf das entschiedenste zurückzuweisen. Die Proletarier dürfen sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick irre machen lassen. Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz.

(Karl Marx und Friedrich Engels, März 1850.)

Das Ende der Internationale 2½

Die Arbeiterklasse kann die zermalmenden Wirkungen des zusammenbrechenden Weltkapitalismus nur durch die Revolution überwinden. Diese proletarische Revolution wird unbedingt darum, daß sie in ihren Anfängen national geglieder ist, eine internationale Form annehmen müssen, wenn sie siegreich ihr Prinzip, den Kommunismus, durchführen will. Die Zusammensetzung der Arbeiterbewegung aller Länder hat darum in einer internationalen Organisation zu erfolgen, die sich in Programm und Taktik die Förderung der Weltrevolution zum Ziele gesetzt hat.

Nun hat die Arbeiterklasse eher zwiel als zu wenig Internationalen, nur das keine von ihnen als Waffe in ihrer Hand gilt. Es existieren neben der gelben gewerkschaftlichen Amsterdamer noch die berüchtigte 2., die 2½ und die 3. Internationale. Abgesehen von einem unbekannten Gebilde, das sich Kölnerinternationale nennt, aber mit dem Kölnerfasten nur den Namen gemein hat. Im übrigen das Sonntagsprodukt eines Dörfelbugend verkrachter Intellektueller ist.

Eine Internationale scheidet jetzt in den nächsten Tagen aus dem Kranze aus, nämlich die 2½. Es ist darum an der Zeit, ihr einen Nekrolog zu schreiben, um aus diesem Spiegel einen Gemium für eine wirkliche Internationale der Proletariats zu ziehen.

Bollsitzungsinternationale ist die 2½. nie gewesen. Sie bewegte sich immer auf der Grenze zwischen Baum und Borke. Schon die Geburtsurkunde zeigte ihre ganze Zwitterhaftigkeit auf. Am 7. Dezember 1920 erließen 7 Parteien, die auf dem Boden der USPD. standen, ein Manifest „an die sozialistischen Parteien aller Länder", worin zur Bildung einer neuen Internationale aufgefordert wurde.

Die programmatische Grundlage dieses Aufrufes war der unmögliche Versuch, niemanden vor den Kopf zu stoßen. Die Diktatur der Arbeiterklasse wurde neben der Demokratie des Kapitals als ein Mittel des Klassenkampfes empfohlen. Ja, sogar die Rätte erhielten neben den Parlamentarismus einen angemessenen Platz angewiesen. Die 2. Internationale wurde für tot erklärt, weil sie „den Krieg begünstigt" und durch „Hoch und Mitstimmen der Arbeitermassen der einzelnen Länder gemeinsam gestohlen habe". Den Organisationen, die sich heute noch als 2. Internationale bezeichnen, wird vorgeworfen, daß „sie praktisch den revolutionären Kampf um die Machteroberung des Proletariats aufgeben, indem sie den reformistischen Ministerialismus gutheißen und in ihm den Weg zum Sozialismus sehen". Auch die 3. Internationale wurde abgelehnt, sie sei zu diktatorisch und schablonisiere den Klassenkampf, indem sie die russischen Erfahrungen den angeschlossenen Parteien zur grundlegenden Taktik aufzwinge. Zum Schluß wurde dann zur Beschickung einer Vorkonferenz aufgefordert, die die Bildung der neuen Internationale vorzunehmen hatte. Das Ganze war mit einer revolutionären Phrasensoße von Kampf und Sozialismus übergossen.

Im Februar 1921 erfolgte in Wien die offizielle Konstituierung. Zeigte sich schon bei dem aufrührenden Manifest eine starke Zwitterhaftigkeit, so wurde dieselbe bei der Gründung zum Prinzip erhoben. Man nahm den Platz zwischen der 2. und 3. Internationale ein und konnte sich, geschützt zwischen Stühlen sitzend, Arbeitgemeinschaft der sozialistischen Parteien. Organisationen, die der 2. oder der Moskauer Internationale angeschlossen waren, konnten nicht aufgenommen werden.

Diese antimarxistische Internationale war in Wirklichkeit keine neue, sondern e

ihren Herren aus ihrem Schweiß und Blut Gold zu münzen und ihren Gewinn gar gewaltig den Preise tausend einschließlich. Nun nicht alle auf das Geldverdienen angewiesenen Kreise haben Vertreter in den Industrieaufsichtsräten. Der Magistrat der Stadt Naumburg i. Sachsen gibt bekannt, daß die Aerzte hinsichtlich von der ärztlichen Bevölkerung zur Entschädigung der Zahlung die Schuld in Naturalien nach dem Friedenspreis entsprechen werden. Auch die Tierärzte werden sich von der Landwirtschaft hinsichtlich der Rechnungen in Naturalien bezahlen lassen. Die Nächstehe zum Tauschhandel macht übrigens auch Fortschritte.

Die Landwirtschaftskammer Weimar hat für die Landwirtschafts-Winterschulen in Triptis und Marksuhl das Schulgeld in Roggenablieferung festgesetzt, und zwar zahlen die Thüringer 1½ Zentner für das halbe Jahr, Nichtthüringer 2 Zentner Roggen.

Das Kraftwerk Sachsen-Thüringen A.-G., in Muna, welches vergangene Woche den Preis für Licht auf 45 Mk. und für Gas auf 36 Mk. erhöht hat, gibt bekannt, daß es gern bereit sei, an Stelle des Geldes für eine Kilowattstunde Lichtstrom 10 Eier oder 3 Pfund Weizenmehl oder ½ Zentner Kartoffeln in Zahlung zu nehmen.

Die Proletarier können sich nun — das ist ja sehr einfach — Eier, Weizenmehl oder Kartoffeln kaufen, wenn sie Licht oder ärztliche Behandlung nötig haben. Auch sind diese Sachen für die Proletarier noch überflüssig, denn errechnen können sie auch im Dunkeln ohne ärztliche Hilfe.

Uebrigens wird das Kapital nicht alle Proletarier verrechnen lassen, denn eines Teiles braucht sie zu seiner Erhaltung und wird sie notgedrungen füttern müssen. Für einen Teil der Proletarier, die den Faustkampf ums Dasein überstehen werden, wird auch die Industrie schon zu dem Naturalverpflegungssystem übergehen. Wenn Junker und Schlotbarone Hand in Hand arbeiten, wird es leichter sein, die Proletarier in großen Bagnos abzuschließen, als sie mit Papierzetteln zu bestehlen.

Das Glück des deutschen Proletariats, der Plackerei mit Holzpapiergeld und Zehntausendmarkscheinen überhoben zu sein, ist näher, als mancher glaubt. Herr Stinnes organisiert schon den Baumaterialienmarkt und sein Gehilfe, der Deutsche Bauarbeiterverband, die — Sozialisierung! Die „Sozialisierung" ist in dem Stadium stecken geblieben, in dem sie 1919 marschierte, als die „Arbeiterregierung" per Auto nach Stuttgart überfiedelte. Der Bauarbeiterverband gibt ihr einen neuen Ruck. Er gibt ihr nämlich Aktien (Sozialisierungsaktien) zu 20, 50, 100 und 500 Mark heraus. Durch diese soll ein Riesenvermögen gesammelt werden, um das Baugewerbe zu — „sozialisieren". Herr Hübemann, der frühere preußische Revolutionsfinanzminister, der Vorständ in Geldangelegenheiten hat, und eine Schar seiner Gehilfen bereisen gegenwärtig die Gewerkschaftsversammlungen, um den Proletariern die Scheine abzuknöpfen. Und wenn Herr Stinnes die Baumaterialien hat, die Gewerkschaften das Geld und beide die Proletarier hinter sich, gibt es wirklich keinen vernünftigen Grund, warum man nicht das Baugewerbe „sozialisieren" soll.

Wenn sich die Proletarier zu den selbstgeschmiedeten Fesseln noch bereit erklären, die Zuchthäuser zu bauen, werden sich auch die Junker bereit finden, den sozialisierten Zuchthäusern die Lebensmittel zu liefern. Das schöne Holz, das heute zu Papiergeld verarbeitet wird, kann viel besser zum Bauen der Bagnos verwendet werden.

Und schließlich — wenn Herr Stinnes die Gelder des Bauarbeiterverbandes zur „Sozialisierung" nicht benötigen sollte, den Verfall der Gewerkschaften können sie immerhin etwas aufhalten. Die USP., die gerade in diesen Tagen aus Mangel an Geldbestand die „Einigung des Proletariats" begeht, ist ein leuchtendes Beispiel dafür. Hätte sie nicht 1919 — als die Mark noch 80 Vorkriegspfennige wert war — den Proletariern Hunderttausende abgeknöpft und sich von den Balungewinn die jetzt schlecht und recht genährt, sie wäre schon vor 3 Jahren zusammengebrochen. Warum sollte der Bauarbeiterverband sich dadurch nicht auch noch einige Zeit über Wasser halten? Wenn in absehbarer Zeit wird so ein Tausendmarkschein zusammengeschrumpfen sein, daß kein Mensch mehr darauf legt, ihn zurückzuerhalten. Aber heute kann er immerhin das Ruhebedürfnis der Herren Führer noch etwas befriedigen und zur Stärkung der leeren Pensionskassen beitragen.

Zerfall und Festigungsversuche der Konterrevolution

Die Preiserhöhung für Druckerzeugnisse, die Ende August und Anfang September stattfand, hat wieder eine große Anzahl Zeitungen abgemurkst. Das soeben erschienene vierteljährliche Ergänzungsheft zur amtlichen Zeitungsliste für das Jahr 1922 verzeichnet abermals 226 Zeitungen und Zeitschriften, die ihr Erscheinen eingestellt haben. Nachdem ist am 16. September eine nochmalige Erhöhung des Zeitungsbezugspreises um 60% eingetreten. Schon vor der letzten Preiserhöhung gab es in Berlin über 800 arbeitslose Buchdrucker. Die Zahl dürfte heute rund 1000 erreicht haben. Schlimmer noch sieht es im Reich aus. Es ist erklärlich, daß da auch die „Klassenkampforganisation" des Buchdruckers auf den Plan tritt. Der „Korrespondent", der in seinen Spalten den Buchdruckern das Märchen von Bergen, bunte Bänder, Jubiläumsmedaillen und sonstiges Spiegelei anbietet, tritt in seiner Nummer 106 für — Verlängerung der Arbeitszeit ein! Und was selbstverständlich ist, nur nicht streiken!: „Höhere Löhne können entsprechend dem sich ergebenden Bedürfnis um so weniger erreicht werden, je mehr durch Arbeitsniederlegung das in einem Unternehmen investierte Kapital gefährdet und das in einem Unternehmen investierte Kapital geschmälert und schließlich aufgezehrt wird." (!) Die Buchdrucker gehören schon seit Jahren zur schlechtest bezahlten Arbeiterkategorie, trotzdem sie seit Jahrzehnten fast bis auf den letzten Mann organisiert sind, infolge der technischen Eigenart des Berufes das Eindringen von lohndrückenden Ungelernten ausgeschlossen ist und trotzdem im Berufe seit fast 25 Jahren kein Streik stattgefunden hat, abgesehen von einigen unbedeutenden kleineren Streiks in der allerletzten Zeit, die fast ausnahmslos gaben noch einmal von der Gewerkschaft finanziert wurden. Die Buchdrucker sind seit Jahrzehnten die bei gewerkschaftsdisziplinierte Masse und sind ein warnendes Beispiel für jeden Proletarier, der nur noch ein Jota Denkfähigkeit behalten hat. Zeitungsfreiheit, Papierpreiserhöhung usw. — das gar nicht ins Gewicht fallen, wenn die gewerkschaftliche Taktik, das Kämpfen „um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" richtig und möglich wäre; denn die Buchdrucker verkörpern eine Macht, wie kein anderer Beruf in sich. Durch Kürzung der Arbeitszeit und Heraufsetzung der Löhne könnten sie allem Zumuten ein Ende bereiten, wenn eine Gewerkschaft dazu imstande und wenn — es im Kapitalismus überhaupt möglich wäre. Jedenfalls auch es sofortig beseitigt sein um eine Arbeiterkategorie, die sich in ihrer erbärmlichen Lage von der Gewerkschaft so eine unbedeutende Verdummung bieten läßt.

Die USP., übergibt ihr „revolutionäres Banner" in einigen Tagen an Gustav Noske, und die „Freiheit" verkauft ihre „Leserschaft" an den „Vorwärts" um einige Führerkutterkrippen. Der Abonnentenstand der „Freiheit" belief sich 1919 nach Hunderttausenden, vor einem halben Jahr betrug er noch 45000 und der „Vorwärts" ernet, wenn die Leser sich reklamieren lassen, ganze 7400 zahlende Abonnenten! Diese bilden das „revolutionäre Proletariat", denen die „Freiheit" „Bannerträgerin" war. Das zieht natürlich nicht viel und so ist man auf der Suche nach anderen Mitteln, die finanzielle Basis für die Führerpersonen zu erhalten. Eine gewerkschaftliche Gewerkschaftskonferenz für die Provinz Brandenburg beschloß, an die Freien Gewerkschaften und den WGB. den Antrag zu stellen, daß mit Unterstützung der politischen „Arbeiterpresse", d. h. für den „Vorwärts", von den Gewerkschaftsmitgliedern ein Extrabeitrag von 20 Mark erhoben werden soll. Die „Rote Fahne" war für diesen Plan Feuer und Flamme, weil sie dadurch auch einen Fischzug zu machen hoffte, denn auch sie schickt sich zur Arbeiterpresse Freiheit-Vorwärts-Rote-Fahne. Nach dem ihr aber jene Seite zu verstehen gab, daß diese Aktion nur für die „Bevorzugten" sein soll, kann es für sie nur eines geben: „die allerschärfste Bekämpfung aller Anträge, die auf Grund des auf der Bezirkskonferenz gefaßten Beschlusses in den einzelnen Gewerkschaften gestellt werden". Wo es gilt, die Proletarier zu betrügen, wenn der Rebbach, wenn auch nur zum Teil, in ihre Kassen fließt, sind diese famosen „Kommunisten" stets für die „Einigung des Proletariats". Zu den gewerkschaftlichen Wochenbeiträgen, die zum Teil schon 75—90 Mark betragen, noch „Sozialisierungsaktien" und 20 Mark für die „Arbeiterpresse"! Samuel hilft denn der Schlag der „3 Gewerkschaftsrichtungen" gegen die Unionisten war gegen die Wand. Zum größten Teil lassen sich die Proletarier in den Betrieben für diesen Bauernfang nicht mehr mitbrauchen. Jetzt versucht man — daran beteiligt sich die USPD. auch offen Beteiligung an der Masse — die Dummen in die Gewerkschaft zu peitschen, um sie dann nach Strich und Faden zu schröpfen.

Für unsere Genossen ergibt sich daraus die Lehre, ihrer Presse und Organisation — Partei wie Union — mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Das wird nicht immer erst nachhinken, wenn die Ereignisse uns auf den Nägeln brennen. Was Sozialdemokratie und Gewerkschaften für die Konterrevolution tun, sollten wir auch fertig bringen für die Revolution.

Kurort für Proletarier

Uns wird folgendes Schreiben zur Verfügung gestellt:
Mitteilung von der Landesbrandanstalt Bauten
vom (Datum)

Herrn

Auf Ihr Schreiben vom (Datum) wird Ihnen mitgeteilt: (Name) ist nach der Auskunft des Arztes nicht irgendwie ernstlich krank und hat lediglich Uebergewicht, sodaß Zusammenbruchsmittel nicht nötig sind. Wenn es trotzdem Ihr Wunsch ist, ihm Lebensmittelpakete zu schicken, sei Ihnen das unbenommen sein. Doch wollen Sie vermeiden, irgendwelche leichtverderbliche Sachen zu schicken, da sich durch den Postversand und die notwendige Nachprüfung in der Anstalt der Empfang leicht verzögert. Außerdem werden Sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Anstaltsleitung bei Zufuhr von Brot und Fett bei geringenden Mitteln gestattet, wodurch die Gewähr gegeben ist, daß die Käufer immer frische Ware zum Selbstkostenpreis erhalten. Vielleicht ist es deshalb einfacher, Sie schicken an (Name) Geld zum Ankauf.

Wir haben zwar ersterhalbjahr im Kalender nachgesehen, aber der 1. April ist schon lange vorbei. Es ist und wirklich neu, daß die Proletarier in den Gefängnissen an Uebergewicht leiden. Bisher waren wir immer der Meinung, daß die Wasserzuwendpolitik die höchste pädagogische Erkenntnis der Gefängnis- und Zuchthausdirektionen ist. Aller Kopfschreiben-lichkeit nach ist die Geschichte mit dem Uebergewicht nur eine böswillige Erfindung der beginnenden „Demokratisierung" der Republik, die noch eigenartige Folgen zeitigen kann. Denn wenn die Proletarier da erst anfangen, zu wirken, sie gern ihre Unfreiwilligen Hungerkuren mit einem Erholungsurlaub in den staatlichen „Erzaufanstalten" unterbrechen.

Doch Spaß beiseite; wer den Brief genau durchliest und die Praktiken der Freiheitsbeerdungsanstalten kennt, der weiß trotz des heuchlerischen Wortspiels genug.

Ausland

Frankreichs Wirtschaftslage

Sowohl die Produktionsstatistik als die Ziffern des Außenhandels beuten in der letzten Periode auf einen wesentlichen wirtschaftlichen Aufschwung Frankreichs hin. An dem Aufschwung der Produktion hat besonders die weiteste Steigerung der Eisen- und Stahlerzeugung teil. Mai 1922 hat die Eisenproduktion Frankreichs die Vorkriegserzeugung bereits übertroffen. In gleicher Zeit war seine Stahlproduktion bereits fast so hoch wie vor dem Kriege. Gegenüber 1921 ist in diesen beiden Produktionszweigen eine Erhöhung um ungefähr ein Drittel zu verzeichnen.

Aus der Außenhandelsstatistik für die ersten sieben Monate 1922 sind einige wichtige Erscheinungen hervorzuheben. Erstens bringt die gewaltige Steigerung der Rohstoffeinfuhr gegenüber 1921 ins Auge; gegen 17 Millionen Tonnen in den ersten Monaten 1921 sind 1922 in der entsprechenden Periode 25 Millionen Tonnen eingeführt worden. Besonders hoch war die Mehreinfuhr für Rohstoffe der Seidenindustrie. Die wesentliche Steigerung der Rohstoffeinfuhr ist ein Zeichen aufsteigender wirtschaftlicher Konjunktur. Die Ausfuhr Frankreichs in dieser Periode zeigt zwar eine wesentliche Wertvermehrung, die jedoch nur auf die Preisrückgänge zurückzuführen ist. Der Menge nach hat auch die Ausfuhr eine Steigerung von 8 Millionen auf beinahe 9 Millionen Tonnen erfahren. Zweitens ist die Tatsache hervorzuheben, daß England Anteil an dem französischen Außenhandel in einem ganz unerwarteten Maße gewinnen ist. Im ersten Halbjahr 1922 war England als Abnehmer des französischen Marktes unter allen Ländern. Es folgten dann Belgien und die Vereinigten Staaten. Auch hat sich die Einfuhr Frankreichs aus Großbritannien gewaltig erhöht. Bisher standen die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht an erster Stelle. Im ersten Halbjahr 1922 hat England Frankreich aus Großbritannien nicht weniger eingeführt wie aus den Vereinigten Staaten.

Während also zwischen England und Frankreich politische Spannungen vorhanden sind, erhöht sich der Anteil des Warenaustausches zwischen den beiden Staaten in einer unerwarteten Weise. Dies dürfte auch auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse beider Länder einwirken. — Die dritte auffallende Tatsache in der Ausfuhrstatistik ist der Rückgang der aus Deutschland eingeführten Waren nach ihrem Gestehen. Zu diesem Verluste betrug der Gesamtausbau der aus Deutschland eingeführten Waren kaum die Hälfte des vorjährigen und die Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland ging ebenfalls, wenn auch nicht in so beträchtlichem Maße, im Werte zurück. Beide Erscheinungen sind Folgen der deutschen Geldentwertung.

Während die industrielle Produktion Frankreichs einen großen Aufschwung nahm, ist die Getreideernte in diesem Jahre schlecht ausgefallen. So wird Frankreich etwa 1½—2 Millionen Tonnen Weizen einführen müssen. Da die Ausführung der zum Getreideankauf nötigen Devisen als Schwierigkeiten stehen würde, hat die Regierung die Einführung des Kriegsbrotes — eine hochprozentige Ausmahlung des Getreides — angeordnet und zugleich die Ausfuhr verboten.

*

Beschäftigung des Marseiller Schiffahrtsstreiks.

Paris, 21. September.

Der Streik der französischen Matrosen gegen die Herabsetzung des Achtstundentages in der Handelsschiffahrt beginnt in Marseille sich sehr fühlbar zu machen. Die Lage spitzt sich von Stunde zu Stunde immer mehr zu. Nicht weniger als 17 Dampfer liegen bereits im Hafen, die nicht fahrplanmäßig ausfahren konnten.

Oeffentliche Quittung
der V. r. U. A. bis 31. Juli 1922

Aus Groß-Berlin gingen ein:
a) Auf Sammellisten: Nr. 3338 ℳ 354.50, Nr. 276 ℳ 458.50; Rother-Werk Nr. 3358 ℳ 198, Nr. 3287 ℳ 141, Nr. 3283 ℳ 146, Nr. 3284 ℳ 155; A. E. G. Hennigsdorf Nr. 3422 ℳ 191, Nr. 3269 ℳ 62, Nr. 3262 ℳ 28; Bezirk Hennigsdorf ℳ 90, Nr. 474 ℳ 52, Nr. 473 ℳ 22, Nr. 3338 ℳ 95, Nr. 3335 ℳ 86, Nr. 3332 ℳ 46, Nr. 3213 ℳ 43.50, Nr. 3214 ℳ 123.05, Nr. 3215 ℳ 140.50; Gr. Ia Nr. 3290 ℳ 69, Gr. V Nr. 3260 ℳ 68; Schering Nr. 3271 ℳ 99, Nr. 96 ℳ 76; Nr. 490 ℳ 115, Nr. 483 ℳ 96, Nr. 487 ℳ 50, Nr. 489 ℳ 125; Dreher-Werke Nr. 3320 ℳ 85.50; Scheber Nr. 3316 ℳ 215; Dynos-Werke ℳ 13, Nr. 330 ℳ 75.50; Hausschuh-Jnd. Nr. 341 ℳ 498, Nr. 3307 ℳ 129, Nr. 3308 ℳ 118.50, Nr. 3309 ℳ 195; Schuhfabr. Nr. 496 ℳ 101; Glette. Jnd. Nr. 3363 ℳ 105; Reichsdruckerei Nr. 3220 ℳ 72; Konf.-Gen. Nr. 278 ℳ 280; Thormann Nr. 281 ℳ 170, Nr. 3248 ℳ 67, Nr. 3249 ℳ 110; Straßenbahnhof 25 Nr. 453 ℳ 128; Meteor. Bolle Nr. 499 ℳ 60, Nr. 164 ℳ 55, Nr. 3394 ℳ 65, Nr. 3396 ℳ 58; Gesamt. Tegel/Nr. 318 ℳ 30; Flohr, Wittenau Nr. 3359 ℳ 163; Roto-Werke Nr. 3361 ℳ 82; Flohr, Wittenau Nr. 3339 ℳ 20, Nr. 3341 ℳ 62.50; 5. Gruppe Nr. 467 ℳ 72.50; Allg. Orts-Krankenkasse /Nr. 324 ℳ 160, Nr. 325 ℳ 165, Nr. 172 ℳ 30, Nr. 3266 ℳ 53, Nr. 3267 ℳ 15, Nr. 3368 ℳ 65, Nr. 3369 ℳ 20.50, Nr. 543 ℳ 50, Nr. 347 ℳ 90, Nr. 3362 ℳ 86.50, Nr. 3363 ℳ 185; A. E. G. Hgsdf. Nr. 3421 ℳ 96; Knorrbremse Nr. 282 ℳ 159, Nr. 471 ℳ 79.90, Nr. 3372 ℳ 88, Nr. 3373 ℳ 25, Nr. 3374 ℳ 50, Nr. 3376 ℳ 107, Nr. 3377 ℳ 146; Aga Nr. 279 ℳ 185; Konf.-Gen. Nr. 3398 ℳ 99, Nr. 3446 ℳ 60; Messingw. Reinickendorf Nr. 3363 ℳ 121; A. E. G. Hennigsdorf Nr. 442 ℳ 104, Nr. 3278 ℳ 141; Schultheiß-Patzenhofer Nr. 3430 ℳ 210.50, Nr. 157 ℳ 56; Brix-Tel.-Ges. Nr. 3236 ℳ 30; Nr. 3593 ℳ 87.50; Fa. Brunie Chlbg. Nr. 3233 ℳ 90; Nr. 3290 ℳ 38.50; Linke Chlbg. Nr. 3245 ℳ 104; Siemens Dyn.-Werk Nr. 3388 ℳ 416.50; Härtung Wickelfst. Nr. 3386 ℳ 460.50; 3. Bezirk Nr. 3385 ℳ 65; Siemens Stahlbetr. Nr. 3255 ℳ 143; Robus Chlbg. Ufer Nr. 3001 ℳ 522; 19. Bezirk Nr. 3451 ℳ 133; Hauptverwalt. Tempelhof Nr. 439 ℳ 40; Reichsdruckerei Nr. 3447 ℳ 60, Nr. 3449 ℳ 50; Borsig Tegel Nr. 3360 ℳ 213; Becker Reinickendorf Nr. 3364 ℳ 66.50; Flohr, Wittenau Nr. 3365 ℳ 102; A. E. G. Hennigsdorf Nr. 405 ℳ 84; 16. Bezirk Nr. 3399 ℳ 100; Turbinenfabr. Siegerst Nr. 3383 ℳ 257; 3. Bezirk Nr. 3391 ℳ 45; Hauptverwalt. Nr. 3554 ℳ 169; Meißner Chlbg. Nr. 3266 ℳ 200; 10. Bezirk BO. Nr. 3319 ℳ 160; 8. Bezirk BO. Nr. 398 ℳ 6.50; 7. Bezirk BO. Nr. 3211 ℳ 94, Nr. 3494 ℳ 112, Nr. 3429 ℳ 36, Nr. 3432 ℳ 110; 11. Bezirk BO. Nr. 3593 ℳ 87.50; Fa. Brunie Chlbg. Nr. 3233 ℳ 90; 13. Bezirk Nr. 3231 ℳ 70, Nr. 3235 ℳ 200, Nr. 3240 ℳ 113; 10. Bezirk Nr. 3397 ℳ 32, Nr. 3208 ℳ 25, Nr. 3210 ℳ 112.50; Dinos-Werk Nr. 3318 ℳ 125; A. E. G. Aktstr. Nr. 3436 ℳ 259; Berliner Betriebe Nr. 3276 ℳ 45; das Personal in den Bezirken Nr. 3555 ℳ 205; 5. Bezirk BO. Nr. 3381 ℳ 80, Nr. 3380 ℳ 23, Nr. 3378 ℳ 146; 20. Bezirk Nr. 3445 ℳ 100; 5. Bezirk Nr. 3368 ℳ 160; Reichsdruckerei Nr. 3550 ℳ 54; Konf.-Gen. Nr. 3401 ℳ 97; Schuh Nr. 3304 ℳ 90, Nr. 3304 ℳ 36, Nr. 3306 ℳ 105; 9. Bezirk BO. Nr. 3466 ℳ 60, Nr. 3470 ℳ 51; Roto-Werke Nr. 3362 ℳ 105; Borsig Tegel Nr. 3367 ℳ 172; 4. Bezirk BO. Nr. 3439 ℳ 49, Nr. 470 ℳ 58, Nr. 3320 ℳ 195, Nr. 3336 ℳ 97, Nr. 472 ℳ 64, Nr. 3433 ℳ 88, Nr. 3325 ℳ 81.50; Nr. 3489 ℳ 25; 2. Bezirk Nr. 3595 ℳ 119, Nr. 9 ℳ 93, Nr. 3596 ℳ 100, Nr. 3587 ℳ 54, Nr. 3254 ℳ 19; R. W. J. Chlbg. Nr. 3531 ℳ 66, Nr. 3539 ℳ 38.50, Nr. 3540 ℳ 41.50; Magenum. Grunew. Nr. 3357 ℳ 58; 16. Bezirk Nr. 3304 ℳ 168; Schering Chlbg. Nr. 3342 ℳ 108; Gutsche Nr. 3398 ℳ 187; 8. Bezirk Nr. 3475 ℳ 73, Nr. 3475 ℳ 60; 4. Bezirk Nr. 3416 ℳ 293; Alg. Ortsk. Krankenkasse Nr. 3253 ℳ 158; Roto Vorstgm. Nr. 3626 ℳ 105; Reichsdruckerei Nr. 3627 ℳ 88; Borsig Tegel Nr. 3368 ℳ 222; Westhafen Reuklam Nr. 3241 ℳ 109; 9. Bezirk Nr. 3311 ℳ 15, Nr. 3467 ℳ 45; Potthof-Kaiser Nr. 3431 ℳ 204; 7. Bezirk BO. Nr. 3465 ℳ 28; Hoffmann 3. Bezirk Nr. 3551 ℳ 105; Stand & Co. Nr. 3521 ℳ 113; 2. Bezirk Nr. 3598 ℳ 241, Nr. 3589 ℳ 177, Nr. 3246 ℳ 30; A. E. G. Hennigsdorf Nr. 3264 ℳ 210; Reichsdruckerei Nr. 3546 ℳ 249; Fa. Bamberg Friedenau Nr. 3469 ℳ 119; Nr. 3470 ℳ 150, Nr. 3471 ℳ 150; Nr. 3566 ℳ 105; Nr. 3606 ℳ 210; 17. Bezirk Nr. 3223 ℳ 215; Sudkiaß Nr. 4112 ℳ 50; Aga Bl. Nr. 4104 ℳ 170; 5. Bezirk Nr. 3598 ℳ 73; Mikolei Chlbg. Nr. 3243 ℳ 447.50;

(Schluß folgt)

Mitteilungen

An alle Ortsgruppen.

Alle Geldsendungen an den G.-Ausschuß sind an folgende Adresse zu senden: Otto Mielenz, Berlin, Weichselstraße 38, Quergebäude 1 Treppe. Postscheck Nr. 138925.

Achtung!

Am Freitag, den 29. September 1922, allgemeine Mitgliederversammlung von Groß-Berlin, ebenso pünktlich 7 Uhr in der Schule Kastanienallee 6 (Mädchenhortgymnasium). Tagesordnung: 1. Die Ergebnisse der Reichskonferenz. 2. Organisatorisches: a) Wahlen. b) Unsere Arbeit im Bezirk. 3. Verschiedenes. — Genossen, schickt in den Gruppen im voraus Fragen, Stellung und bringt positive Vorschläge zur Tagesordnung mit. Der Leiter Arbeitsausschusses.
Heckenschmidt für KPD. Berlin-Brandenburg.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Ehrig, Berlin. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Berlin S 42, Dresdenstraße 109.

3. Jahrg. Nr. 70. Preis 7,50 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 400 29

Abonnementspreis für Groß-Berlin 70 Mark monatlich. — Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 90.— M. monatlich, nach dem Ausland 180.— M. monatlich.

International

Revolutionen sind immer, wenn auch in verschiedenem Grade, international gewesen. Mindestens in ihren Auswirkungen. Die russische Revolution ist der russischen Revolution wird jedoch um vieles stärker sein als je zuvor erlebt. Um so viel stärker, daß von vornherein eine ganz andre Art von Internationalität festzustellen sein wird als bei den ganz aber überwiegend bürgerlichen Revolutionen.

Denn bei diesen war zwar die zugrundelegende Umwälzung der Produktionsformen international, das neue, größere Wirtschaftsgebiet jedoch, dessen Herstellung eine der objektiven Ziele der Revolution war, war jeweils ein national abgegrenztes. Und Bedingung für die Festsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, zugleich aber auch ein Teilerfolg, war der Aufbau national abgegrenzter Staatsgebilde. Die Erstens national abgegrenzter Staatsgebilde bleibt denn eine dauernde Bedingung der Fortgrenzung der kapitalistischen Produktionsweise. Aus mancherlei Gründen. Zu Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit, in der nationalen Ideologie liegt vor allem ein unentbehrlicher Schutz der bürgerlichen Klasse vor der Erkenntnis der Klassengegensätze. Wo in einem Lande das Bewußtsein der Klassensolidarität der Ausgebeuteten ernsthaft und unwiderruflich die Oberhand gewonnen hat über alle von der Bourgeoisie gepflegten nationalen Ideologien, da kann der Sturz der herrschenden Klasse nicht mehr weit sein. Die nationale Ideologie aber kann die Proletariat nur lebendig erhalten werden, wenn ein sichtbarer nationaler Staatskörper existiert, an den die Hoffnungen der „vaterländischen Gesinnung" aufgehängt werden können. (Das gilt natürlich nur da, wo der bürgerliche Nationalismus sich schon hat ausleben können; Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslavien, müssen offenbar durch diesen Stadium noch hindurch.)

Die politische Entstehungsgeschichte der „Vereinigten Staaten von Europa" kann keine reale Existenz gewinnen, im äußersten Falle kann sie es zu einer Scheinexistenz bringen, deren wahrer Charakter nicht weniger deutlich sein wird als der des „Völkerbundes". Alle nationalen Kapitalsgruppen, deren Geschäfte jeweils durch die Machtmittel ihrer Regierung besonders begünstigt werden, werden sich der Abdankung der nationalen Regierung zugunsten einer „europäischen" mit Erfolg widersetzen. Die Vertretung eines einheitlichen europäischen Zoll- und Währungsgebiets, das das Internationalisierte Großkapital, im Gegensatz gesehen, nötig hätte, würde Gegenstand — durch die Valutaschwankungen noch verstärkten — Widerständen eben des Kapitals selbst. Es gehört dies zu den inneren unlöslichen Widersprüchen des kapitalistischen Systems.

Hinzu kommt in der Gegenwart die Rolle der Staatsfinanzen als Hilfsapparat der kapitalistischen Ausbeutung. Dieser Apparat funktioniert heute zwar nicht immer, wie früher, mit der der Staatsfinanzen, aber immerhin ist in allen wirtschaftsschwachen Ländern seine Einwirkung auf die Vermögensverhältnisse verwittels der Notenpresse. Das Anschwellen des Umlaufs ungedeckter Banknoten ist zwar nicht die Ursache, sondern nur eine — als Ursache wieder zurückwirkende — Folge der eingetretenen Produktions- und Austauschstörung; aber es wirkt jedenfalls auf die nationale Vermögensverteilung, durchaus im Sinne des Großkapitals, nämlich vor allem als Zerstörung des Mittelstandes, sodann als äußerster Betrug an Proletariat. (Nebenbei: diese ökonomische Ausbildung, Zerrüttung, Zermahlung des Mittelstandes ist natürlich eine Sache, über die wir uns nur freuen können. Sie ist ein notwendiger Teil der Vorbereitung für den bürgerlichen offenen Zusammenbruch. Aber das ist Spezialität.)

Dieser Apparat der staatlichen (und Gemeinde) finanzen, als Werkzeug des Steuerrechts und als Werkzeug der Geldentwertung, ist heute noch eine der stärksten Positionen der Bourgeoisie. (Heute noch! Nicht für ewig!) Diese Position aber kann nur gehalten werden als ein Teil der bestehenden Staaten.

Das internationale Großkapital kann, alles in allem, die bestehende Fessel des heutigen europäischen Staatensystems nicht von Zeit zu Zeit etwas verschieben, aber unter keinen Umständen los werden.

Mit dieser Feststellung ist aber nichts geringeres erledigt, als der Traum auf der — z. T. sicher gutwilligen — bürgerlichen Nationalökonomen, demokratischer Politiker und sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitikaniker, die uns täglich die Ohren voltrompeten von der wirtschaftlichen Vernunft, die doch endlich siegen müsse über politischen Unvernunft. Entlang in Frankreich, illtal in Italien, Regnes in England, der Sowjetunion Kreßin, Varvus und die Leiter der bürgerlichen Intelligenz in Deutschland, einschließlich des „Vorwärts", sie alle wiederholen Tag für Tag, daß Europa zu Grunde gehen müsse, wenn nicht in letzter Stunde die Vernunft siege, daß aber die wirtschaftlichen Tatsachen letzten Endes doch wohl stark genug sein müssen, sich in den Gehirnen der Menschen durchzusetzen; und dies werde dann eben der Sieg der Vernunft über den politischen Wahnsinn sein. Und besonders in „unserem" Deutschland, in diesem politisch trägsten und gedankenlosesten aller Länder, das ein gemeinsames Schicksal uns als unseren Anteil an der revolutionären Arbeit zugewiesen hat — besonders hier ist diese Prosit heut auf allen Gassen; in diesem — geglaubten oder geheuchelten — Glauben an die Vernunft vereinigen sich Stinnes, Wirth, Ebert und Hilferding, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften (nebst denen, die sie „erobern" wollen).

Nichts anderes meint letzten Endes der Traum, vom Sieg der wirtschaftlichen Vernunft, als die schließlich [illegible] Herstellung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsgebietes der Vereinigten Staaten von Europa, und und freilich [illegible] Besitzer der deutschen bürgerlichen Republik [illegible] Prediger dieses Unsinns, weil ihnen nämlich die [illegible] mit denen sie ihr Ziel früher erreichen wollten, [illegible] Wälfe, denen man die Zähne ausgebrochen [illegible] sich gut als Wappentiere der Vernunft, den [illegible] Nächstliebe und Aberhaupt alle höheren [illegible] wird freilich das bürgerliche Europa der Regen[illegible] Vernunft sich durchsetzen, aber vorläufig sieht [illegible] mit der Sprache der Kanonen zu sprechen, und wenn es auch „nur" in Kleinasien wäre. Schließlich sind auch Kanonen, die am Rhein stehen und schweigen, noch beredter als alle Aufsatzgirlschriften von Regnes und Parvus. Die Form, in der sich die Vereinheitlichung des europäischen Wirtschaftsgebiets zunächst entdeckt, ist die französisch-imperialistische, der

Eine Atempause für das Kapital

Die deutsche Regierung hat wieder einmal einen „Erfolg" zu buchen. Die Verhandlungen mit der belgischen Regierung haben zu einem Kompromiß geführt. Zu dem „Rettungswerk" von Stinnes-Lubersac tritt das „Rettungswerk" der demokratischen Republik durch die Bank von England. „Alles hängt davon ab," schreibt das Berliner Tageblatt, „ob die Reparationsfrage in der Zwischenzeit einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden kann."

Diese „Lösung" herbeizuführen ist das Kapital auf dem besten Weg. Reden den Vertrag der Stinnesgruppe treten jetzt ähnliche Verträge mit bayrischen Firmen, sowie zwischen der deutschen chemischen Industrie (Stallinkonzern) mit französischen Kapitalsgruppen. Die Regierung und Gewerkschaften haben sich von ihrer Verstörung erholt und sich auf dem „Boden der gegebenen Tatsachen" gestellt. Es liegt somit kein Grund vor, die Zeit mit dieser harmlosen Gesellschaft zu vertrödeln. Man hat wichtigeres zu tun. Die Unruhe im Proletariat wächst. Der Hunger marschiert in immer schnellerem Tempo. Es gilt Vorbereitungen zu treffen gegen ausbrechende Rebellionen. Es gilt, die Gewerkschaften für die „Erfüllungspolitik des Industriekapitals festzulegen und zu verpflichten. Das Industriekapital weiß natürlich die Gründe des englischen „Wohlwollens" sehr wohl zu würdigen. Der Wettefer des englischen und deutsch-französischen Kapitals kommt in folgender Meldung klar zum Ausdruck:

London, 19. September. (T. U.)

Ueber den Abschluß der Verhandlungen zwischen der Bank von England und der Reichsbank werden heute in englischen Bankkreisen folgende Einzelheiten bekannt: Das Reich hat sich gegenüber der Reichsbank verpflichtet, „Mark während sechzehn Monate (von 15. August 1922 bis 15. Februar 1924) monatlich 15 Millionen Goldmark zur Abdeckung der Reparationsschuld zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen Havenstein mit der Bank von England sind beendet, und Belgien erklärte, daß der Berliner Vertragsentwurf verlangt hat, daß die auf diese Weise zusammengebrachten 270 Millionen Goldmark nicht abfließen, sondern nur sechs Monate gesundet werden sollen, wie dies die Reparationskommission festgesetzt hat. Die Schwierigkeiten sind nunmehr beseitigt, und das Ergebnis ist, daß der Finanzplan der belgischen Regierung vorgeschlagen, die 270 Millionen Mark in fünf je 6 Monate laufenden Schatzwechseln von dreimal 50 und zweimal 60 Millionen Goldmark zu bezahlen, wieder voll eingesetzt sein wird. Die Einlösung ist folgendermaßen gedacht: Die ersten beiden Raten am 15. Januar und 15. Februar 1923 kann die Reichsbank auf Grund der von der Bank von England gewährten Kredite aus der gesicherten 100 Millionen Goldmark bezahlen,